



ZENTRALAUSSCHUSS FÜR DIE BEDIENTETEN DES ÖFFENTLICHEN SICHERHEITSWESENS BEIM
BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES
1010 Wien, Herrengasse 7, Telefon 01/53126-3484, E-Mail: bmi-za-polizei@bmi.gv.at

BERICHT ÜBER DIE ZENTRALAUSSCHUSSSITZUNG vom 11. und 12. April 2018

(Inhalte auszugsweise und unter Wahrung des Datenschutzes)

Personalmaßnahmen

VERSETZUNGEN

**Es wurden bundesweit 6 Versetzungen
beschlossen**

PLANSTELLENBESETZUNGEN

**Es wurden bundesweit 100 Planstellen-
besetzungen beschlossen**

Anträge und Antragsbeantwortungen

Anträge

Zentralausschuss

Der am 4. April 2018 vorgelegte Vorschlag des BM.I bezüglich der Zulassung von 500 Beamten für den GAL E2a und deren Aufteilung der E2a-Lehrgangsplätze auf die einzelnen LPDs wurde vom Zentralausschuss abgelehnt.

Vom Zentralausschuss wurde ein Gegenvorschlag beschlossen, welcher mit dem HBM verhandelt werden muss.

Zum Probetrieb der Bereitschaftseinheit Oberösterreich und Übermittlung der geforderten Einsatzstatistik, wird ein Beratungsgespräch noch vor Ablauf des Probebetriebes eingefordert.

Fachausschuss Wien

Antrag für eine sofortige Aufstellung von ballistischen Schutzkabinen für die Überwachung aller schutzwürdigen Objekte aufgrund der aktuellen Gefährdungslage.

Antrag auf sofortige persönliche Zuteilung von ballistischen Schutzwesten für alle Außendienstversehenden EB. Die jüngsten Vorkommnisse zeigen deutlich die Wichtigkeit dieser Forderung und darf diese daher keine weitere Zeit in Anspruch nehmen.



Fachausschuss Steiermark

Antrag auf Bewertungsverbesserungen beim LKA

Antrag auf Bewertungsverbesserungen im Mitarbeiterpool des OKD

Antrag auf Schaffung von Hauptsachbearbeitern und Stellvertretern beim LKA

Fachausschuss Oberösterreich

Antrag betreffend Ankauf dienstlicher Gel-Schutzhüllen mit Kantenschutz für iPhone 7

**Antrag betreffend Anerkennung von außerordentlichen Studien hinsichtlich
Ernennungserfordernisse für A2 und A1 – Planstellen**

Fachausschuss Kärnten

Antrag betreffend MR Regenschutzjacke – für alle Bediensteten der LVA

Antwortschreiben

BM.I: Antwortschreiben betreffend Auftreten und Erscheinungsbild – Tätowierungen im Exekutivdienst; neuer Erlass

Dazu wird von Seiten des ZA ein Beratungsgespräch eingefordert. Bislang erfolgte keine Einbindung des Zentralausschusses durch das BM.I

BM.I: Antwortschreiben betreffend Erlassüberarbeitung für die Bereitschaftseinheit Wien

Künftig wird die BE Wien noch besser ausgerüstet und geschult, damit diese auch verstärkt für KSOD und GSOD Einsätze herangezogen werden kann.

BM.I: Antwortschreiben zum Antrag des FA Burgenland; Schaffung nachhaltiger Strukturen für Grenzaufgaben

Im Rahmen der derzeit laufenden integrierten Organisationsentwicklung finden in enger Kooperation mit den Landespolizeidirektionen unter anderem auch Planungen zur Schaffung bundesweiter bedarfsangepasster Strukturen hinsichtlich der Neuorganisation und Neuausrichtung im Bereich Ausgleichsmaßnahmen statt. Die diesbezüglichen Planungen sind derzeit nicht abgeschlossen.

BM.I: Antwortschreiben zum Antrag des FA Oberösterreich betreffend Hallenschuhe

Der Antrag wird seitens des BM.I abgelehnt.

BM.I: Antwortschreiben FA Oberösterreich betr. WLAN-Zugänge auf den PI's

Das Ziel der Versorgung der Dienststellen mit WLAN wird auch vom BM.I verfolgt. Betreffend die WLAN-Verfügbarkeit in den Dienststellen wurden im Bereich der Sektion IV bereits Lösungen erarbeitet, welche nun erprobt und partiell zum Einsatz gebracht werden. Derzeit fließen diese Erfahrungen in die Ausarbeitung von konkreten Lösungsvarianten für eine möglichst flächendeckende Versorgung ein.



BM.I: Antwortschreiben FA Wien und FA Steiermark betreffend Schutzausrüstung

Vorfälle im Rahmen der täglichen Polizeiarbeit haben den Bedarf an einer Ergänzung der vorhandenen ball. Schutzausrüstung deutlich gezeigt. Deshalb werden Polizistinnen und Polizisten, die im exekutiven Außendienst tätig sind, ab der zweiten Jahreshälfte 2018 2,5 Kilogramm leichte Schutzwesten erhalten. Diese ballistischen Gilets werden über einen Stichschutz, aber auch über einen ballistischen Schutz verfügen und können entweder unter als auch über der Oberbekleidung getragen werden.

Die erste Tranche von 8.000 Stück der ballistischen Gilets wird für das 4. Quartal 2018 erwartet. Damit werden vorrangig Bedienstete ausgestattet, welche an sogenannten „Hotspots“ Dienst verrichten. Eine Vollausrüstung für alle Außendienst versehenden Einsatzbeamten wird 2020 erreicht werden. Damit wird also schrittweise die bereits (Juli 2016) ausverhandelte Ausrüstung mit Schutzgilets umgesetzt.

Seit Anfang April 2018 ist grundsätzlich jeder Streifenkraftwagen mit je 2 neuen ballistischen Helmen und je 2 neuen ballistischen Überziehschutzwesten ausgestattet.

Für PDHF welche in Spezialbereichen verwendet werden, z.B. im GSOD oder als Lawinen-Verschütteten-Suchhundeführer wird die entsprechende zusätzlich erforderliche Ausrüstung und Schutzbekleidung von den Logistikabteilungen der Landespolizeidirektionen zur Verfügung gestellt.

BM.I: Antwortschreiben FA Wien zu Ballistischer Schutzkabinen

Das BM.I teilt mit, dass eine weiterführende Prüfung unter Einbindung der Landespolizeidirektion Wien eingeleitet wird.

Als erster Schritt wird die Landespolizeidirektion Wien eingeladen, diese Vorfragen – soweit wie möglich – im do. Bereich unter Einbindung des do. Fachausschusses für die Bediensteten des öffentlichen Sicherheitswesens zu prüfen und das Ergebnis an das Bundesministerium für Inneres, Abteilungen II/2 und II/10, zu berichten.

BM.I: Antwortschreiben FA Kärnten betr. Reisekosten und Mobilpakete im Ausland

Die Ressourcenzuweisung für Angehörige der Landespolizeidirektionen – auch im Bereich von Mobiltelefonen - liegt in deren Wirkungsbereich.

Sprach- und Datenpakete anlässlich von bevorstehenden Dienstreisen außerhalb der EU, sind der jeweils zuständigen Logistikabteilung - Fachbereich LA 03 - zeitgerecht zu melden.

Mit Runderlass vom 7. März 2018, GZ GZ: BMI-PA1000/0440-I/1/e/2018, wurde die Abgeltung der tatsächlich angefallenen Reisekosten bei Auslandsdienstreisen neu geregelt.

BM.I: Antwortschreiben DA SIAK betr. Besondere Vergütung iSd RGV

Dem Antrag des Bundesministeriums für Inneres auf Zuerkennung einer besonderen Vergütung nach § 20 Abs. 4 RGV für 14 als „hauptamtliche Vortragende für Einsatztraining“ im Bildungszentrum Wien in Verwendung stehenden Exekutivbeamte, i.d.H.v. 100% des Betrages gemäß § 39 Abs. 2 Z. 2 RGV, wurde vom Bundesministerium für öffentlichen Dienst und Sport mit Erlass vom 15.03.2018, GZ.: BMöDS-924.530/0005-III/2/2018 zugestimmt.

BM.I: Antwortschreiben FA Niederösterreich betr. Flughafenaußensicherung; RGV

Nach ho. Rechtsmeinung entsteht für die betroffenen Bediensteten des Stadtpolizeikommandos Schwechat im Sinne der Verordnung über die Bemessung der Pauschalgebühr für Veranstaltungen zum Zwecke der eigenen Aus- und Fortbildung im Bereich Bundespolizei, kein Anspruch auf eine Pauschalgebühr i.S.d. § 40 RGV.



Schadensfälle:

Am 21. März 2018 wurden 45 Schadensfälle durch den zuständigen Unterausschuss verhandelt. Die Ergebnisse wurden den betroffenen Kolleginnen und Kollegen mitgeteilt.

Seit der letzten ordentlichen Sitzung wurden vom Zentralausschuss insgesamt 353 Schriftstücke behandelt.

Mit kollegialen Grüßen

Reinhard ZIMMERMANN
Vorsitzender

Hermann WALLY
Vorsitzender Stv.

Reinhold MAIER
Vorsitzender Stv.

